

Psychische Erkrankung kann Grund für Schulverweigerung sein

Idee: Hilfe durch Fallmanagement statt Sanktionen / Bewerbung um Innovationspreis

Von Ulrich Meinhard

Göttingen. Schulabsentismus ist das Fachwort für Schulvermeidung, umgangssprachlich auch Schulschwänzen genannt. Da in Deutschland Schulpflicht herrscht, drohen beim Fehlen in der Schule Sanktionen von bis zu 1500 Euro Bußgeld, sogar ein Jugendarrest ist möglich.

Die Zahl der Schulverweigerer unter Kindern und Jugendlichen nimmt nachweislich zu. Corona dürfte diesen Trend noch verstärken. Dabei handelt es sich nicht nur um ein paar Tage, an denen die Schüler der Schule fernbleiben, „sondern um Monate, teilweise sogar noch länger“,

verdeutlicht der Geschäftsführer der Göttinger Agema GmbH, Dietmar Thiele, das Problem. Als eine mögliche Lösungsoption bringt Thiele ein gezieltes „Case Management“ (Fallmanagement) ins Spiel. Mit diesem Vorschlag bewirbt sich die Agema GmbH um den Innovationspreis des Landkreises Göttingen.

Psychische Störungen festgestellt

Schon vor zehn Jahren sei durch belastbare Studien belegt worden, dass bei einem erheblichen Anteil von Kindern und Jugendlichen, die die Schule meiden, psychische Störungen bestehen, Thiele mit Verweis auf entsprechende Erhebungen. Die Befunde ließen erkennen, „dass Schulvermeidung und eine schlechte psychische Gesundheit sowie eine negative Entwicklung bis in das Erwachsenenalter assoziiert sind“, so der Geschäftsführer. Als Ursachen ließen sich multiple individuelle und psychosoziale Belastungsfaktoren



Dietmar Thiele

FOTO: AGEMA



Kinder und Jugendliche, die den Schulbesuch verweigern, fühlen sich in der Regel überfordert. Ein Grund kann eine psychische Störung oder Erkrankung sein.

FOTO: JENS KALAENE/DPA

ausmachen, die zu einer Überforderung der Betroffenen und einem dadurch schulvermeidenden Verhalten als Bewältigungsversuch führten. Was also ist zu tun? „Zum einen ist das Problem für eine erfolgreiche Be-

handlung das oft unnötige Krankschreiben von Haus- und Kinderärzten, verstärken sie doch das schulvermeidende Verhalten und tragen somit zu Chronifizierungen bei. Zum anderen die oft nebenher agieren-

den Helfersysteme wie zum Beispiel Jugendamt, Jugendberufshilfe, Schulsozialarbeit und anderes mehr“, zählt Thiele auf. „Notwendige sektorenübergreifende Kooperationen der Institutionen scheitern zu-

sätzlich oft an überflüssigem Kompetenzgerangel beziehungsweise Ständedünkel“, kritisiert der studierte Sozialpädagoge. Es bedürfe deshalb einer übergeordneten Instanz, die unabhängig und vor allem schnell notwendige Hilfen in die Wege leiten könne, so sein Vorschlag.

Das geplante „Case Management“ soll genau da ansetzen. Zur Zielgruppe sollen bewusst nur psychisch kranke Schüler gehören, die den Schulbesuch verweigern. „Es muss klar sein, dass bei dieser Personengruppe mit Sanktionen wie etwa Bußgeld, keine positiven Ergebnisse zu erzielen sind“, betont Thiele. Es müsse vielmehr vorrangig auf der Beziehungsebene gearbeitet werden. Der zuständige Case Manager müsse zuerst einmal die Bereitschaft des Schülers finden, gemeinsam das Problem angehen zu wollen. Gleichzeitig müsse die Familie einbezogen werden.

Nach Aufbau der nötigen Compliance, also der Bereitschaft zur Mitarbeit, müssten die notwendigen Hilfen herausgearbeitet und bei Bedarf Fachstellen wie etwa die Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schule oder Jugendamt hinzugezogen werden. Konkurrenzgedanken der verschiedenen Helfersysteme seien fehl am Platz, unterstreicht Thiele. Er macht auch auf die hohen volkswirtschaftlichen Kosten aufmerksam, die durch Schulverweigerung entstehen.

„Case Management soll Fachkräfte im Gesundheitswesen befähigen, unter komplexen Bedingungen Hilfemöglichkeiten abzustimmen und die vorhandenen institutionellen Ressourcen koordinierend heranzuziehen“, fasst es der Göttinger zusammen. Das geplante Projekt richte sich zum Beispiel an Schulen beziehungsweise deren kommunale Trägerschaften mit dem Ziel eines wieder erfolgreichen Schulbesuches.